



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER MÄRZ 2022

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstr. 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb

@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

hier sollte eigentlich ein ganz anderer Text stehen. Aber nachdem Russland die Ukraine heute Nacht angegriffen hat, gibt es nur noch ein Thema und alles andere rückt in den Hintergrund. Es ist Krieg. Mitten in Europa.

Putin will die Sicherheitsarchitektur Europas grundlegend verändern. Das bedeutet: weniger NATO, mehr Russland. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gab es in vielen Ländern im Osten Europas eine Hinwendung zu den Demokratien im Westen. Dies will er rückgängig machen und dort den russischen Einfluss wieder zu alter Stärke führen. Dies wird auch uns direkt betreffen.



Daher lade ich ganz kurzfristig zu einem Informations- und Gedankenaustausch mit meiner Bundestagskollegin **Gabriela Heinrich** (Nürnberg) ein. Als Stellv. Fraktionsvorsitzende für Außenpolitik, Entwicklungshilfe, Verteidigung und Menschenrechte ist sie eine hochkarätige und

bestens informierte Gesprächspartnerin für uns! Am **Montag, den 28. Februar, von 17 bis 18 Uhr** gibt es hierzu eine Online-Veranstaltung in meiner Reihe „**doudrü g' hört geredt**“. Wer teilnehmen möchte: bitte eine Mail an bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de schicken, damit wir dann die Zugangsdaten zur Online-Schalte zurückmailen können, an der man aber auch nur telefonisch teilnehmen kann. Außerdem wird die Gesprächsrunde auch live auf Facebook übertragen. Auch dort kann man Fragen stellen und mitdiskutieren!

Ihr/Dein 

3



Vor Ort im „Intakt“ in Lohr

6



Holocaust-Gedenkstunde im Bundestag

6



Neuwahl des Bundespräsidenten

8



Digitale Neujahrsempfänge in AB & WÜ

KLARTEXT

KIRCHLICHES ARBEITSRECHT ÄNDERN!



Zusammen mit Ronja Endres, der Vorsitzenden der Bayern-SPD, dränge ich auf Änderungen beim kirchlichen Arbeitsrecht. Nachdem mehr als 100 queere Beschäftigte der katholischen Kirche öffentlich

auf ihre Diskriminierung aufmerksam gemacht haben, müssen jetzt Taten folgen. Jetzt ist die Gelegenheit, das kirchliche Arbeitsrecht grundlegend zu reformieren.

Kirchenvertreter zeigen endlich die Bereitschaft, diese Situation zu beenden. Das begrüßen wir sehr – und werden von politischer Seite gerne daran mitarbeiten. Bisher bleiben den rund 1,3 Millionen Mitarbeitenden von Kirchen und deren Wohlfahrtsverbänden elementare Arbeitnehmerrechte verwehrt. Diese müssen endlich auch in Einrichtungen der Kirchen und Religionsgemeinschaften gelten.

Das kirchliche Arbeitsrecht ist in vielen Bereichen nicht mehr zeitgemäß und sollte nur für die verkündungsnahen

Tätigkeiten gelten. Die anderen Bereiche, die auch mit Steuergeldern unterstützt werden, müssen denselben Schutz genießen, den das gewöhnliche Arbeitsrecht bietet. Es ist wichtig, dass wir jetzt mit den Kirchenvertretern sprechen, um gemeinsam an Lösungen zu arbeiten.

Im Koalitionsvertrag haben die drei Koalitionspartner auf Bundesebene vereinbart, gemeinsam mit den Kirchen zu prüfen, inwiefern das kirchliche Arbeitsrecht dem staatlichen Arbeitsrecht angeglichen werden kann.

Die Kirchen zeigen nun Offenheit für Veränderungen. Gut so, denn es geht hier um Menschen, die gerne und engagiert bei Kirchen und Wohlfahrtsverbänden arbeiten und denen dennoch Repressalien von subtilem Druck über offene Drohungen bis hin zum Jobverlust drohen – ohne dass sie sich etwas zu Schulden haben kommen lassen. Sie werden diskriminiert wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität – oder weil sie nach einer Scheidung wieder heiraten wollen. Alle Beschäftigten haben Anspruch auf die gleichen Rechte.



POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE

WER VOM MINDESTLOHN PROFITIERT

Wer arbeitet, soll davon auch leben können – das ist eine Frage des Respekts. Deshalb werden wir den Mindestlohn zum 1. Oktober 2022 auf 12 Euro erhöhen. Laut einer Analyse des Pestel Instituts im Auftrag der NGG profitieren:

- in Main-Spessart 11.700
- in Miltenberg 13.300 und
- in Stadt und Landkreis Aschaffenburg 24.300

Beschäftigte von der Erhöhung des Mindestlohns!

Die Erhöhung des Mindestlohns kommt auch der regionalen Wirtschaft zugute. Nach der Analyse des Pestel Instituts steigt damit die Kaufkraft

- in Main-Spessart um 19,7 Mio Euro
- in Miltenberg um 22,3 Mio Euro
- in AB um 41 Mio Euro und
- in ganz Unterfranken sogar um 221 Millionen Euro!

Ich bleibe zusätzlich zu meiner neuen Aufgabe als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales auch weiterhin in der SPD-Bundestagsfraktion der zuständige Abgeordnete für den Mindestlohn.

Immerhin betreue ich das Thema seit 2013 und habe 2014 die Einführung des Mindestlohns für die SPD-Fraktion mitverhandelt.



KURZARBEIT

CORONA-REGELN BIS SOMMER

Wer wegen Corona-Einschränkungen bei der Arbeit zurückstecken muss, bleibt abgesichert: Kurzarbeit bleibt bis zum Sommer weiter einfach möglich. Und wer in Kurzarbeit bleiben muss, wird auch weiter finanziell aufgefangen. Ich wurde in den vergangenen Wochen und Monaten von vielen gastronomischen Betrieben und Veranstaltungsunternehmen aus meinem Wahlkreis darauf angesprochen, dass es eng wird beim Kurzarbeitergeld. Da war es mir wichtig, schnell zu reagieren.

Der Deutsche Bundestag hat Mitte Februar die maximale, ununterbrochene Bezugsdauer des Kurzarbeitergelds von 24 auf 28 Monate verlängert. Ansonsten wären im März Beschäftigte aus der Kurzarbeit herausgefallen, die seit Beginn der Pandemie beruflich unter den Auswirkungen leiden.

Auch die vereinfachten Zugangsvoraussetzungen wurden bis 30. Juni 2022 verlängert. Es reicht weiterhin aus, wenn mindestens zehn Prozent der Beschäftigten von Arbeitsausfall betroffen sind. Und Beschäftigte müssen auch künftig keine Minusstunden aufbauen, bevor Kurzarbeitergeld gezahlt werden kann. Auch die Erhöhung des Kurzarbeitergelds bei längerem Bezug bis 30.06.2022 wurde verlängert. Ab dem 4. Bezugsmonat gib es damit

70 Prozent (bzw. 77 Prozent, wenn Kinder im Haushalt leben), ab dem 7. Monat dann 80 bzw. 87 Prozent Kurzarbeitergeld. Ebenso bleiben Minijobs anrechnungsfrei.

Das Kurzarbeitergeld ist eine Erfolgsgeschichte. Bisher haben wir in der Pandemie 43 Milliarden Euro ausgegeben, um Beschäftigte vor Arbeitslosigkeit zu schützen und Betriebe durch die Krise zu bringen. Das ist sehr viel Geld, aber es ist auch sehr gut ausgegebenes Geld. Mit der Verlängerung verhindern wir, dass auf den letzten Metern Beschäftigte doch noch ihren Arbeitsplatz verlieren und Unternehmen, die bislang durchgehalten haben, doch noch in Existenznöte geraten.

Die Ausnahmeregelung, Arbeitgebern die abgeführten Sozialbeiträge zu erstatten, wurde dagegen nicht noch einmal verlängert. Allerdings können diese dem Arbeitgeber nach dem 31. März 2022 weiter zur Hälfte erstattet werden, wenn die Kurzarbeit mit Qualifizierung verbunden wird.

Wir werden die Situation auf dem Arbeitsmarkt auch weiterhin ganz genau beobachten und auch nach dem 30. Juni reagieren, wenn nochmals Ausnahmeregelungen notwendig sind. Mit dem aktuellen Gesetz haben wir deshalb auch die Möglichkeit geschaffen, in diesem Jahr sehr schnell wieder beim Kurzarbeitergeld nachjustieren zu können. So können auch die Betriebe besonders betroffener Branchen noch die letzten Hürden nehmen und nach den vielen Schwierigkeiten der Pandemie bald wieder durchstarten.

TAGESAKTUELL INFORMIERT:

www.facebook.com/BerndRuetzelMdB

www.instagram.com/bernd_ruetzel

www.bernd-ruetzel.de



KINDERRECHTE

GESPRÄCH MIT UNICEF

Mit UNICEF Deutschland (v.l.: Sophie Gatzsche, Laura Much und Dr. Sebastian Sedlmayr) habe ich über Kinderarmut, die Berücksichtigung der UN-Kinderrechtskonvention bei meiner Arbeit als Ausschussvorsitzender und das Lieferkettengesetz gesprochen. Alle Kinder brauchen Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, aber auch zu einem guten Freizeit- und Kulturangebot.

BAUGEWERBE

GESPRÄCH MIT ZENTRALVERBAND

Mit Heribert Jöris, dem Geschäftsführer für Sozial- und Tarifpolitik beim Zentralverband Deutsches Baugewerbe, habe ich über Branchen-Mindestlöhne, Ausbildungsquoten und fehlenden Nachwuchs gesprochen. Die Branche braucht dringend Arbeitskräfte, wenn wir mehr Wohnungen bauen wollen.

ENERGIEPREISE

SOZIAL ABFEDERN

Die steigenden Energiepreise sind vor allem für Menschen mit niedrigen Einkommen eine hohe finanzielle Belastung. Um soziale Härten zu vermeiden, wollen wir unter Federführung unserer Bauministerin Klara Geywitz einen einmaligen Heizkostenzuschuss zahlen. Neben 710.000 Wohngeld beziehenden Haushalten (rund 1,6 Millionen Personen) sollen auch rund 370.000 BAföG-Beziehende und rund 75.000 Aufstiegs-BAföG-Empfangende sowie rund 65.000 Personen, die Berufsausbildungsbeihilfe oder Ausbildungsgeld beziehen, diesen Zuschuss erhalten. Die Auszahlung an Beziehende von Wohngeld, Berufsausbil-

dungsbeihilfe und Ausbildungsgeld erfolgt automatisch, Menschen, die BAföG und Aufstiegs-BAföG erhalten, bekommen den Zuschuss auf Antrag. Wer wohngeldberechtigt ist, erhält die Einmalzahlung nach Haushaltsgröße gestaffelt, beginnend mit 135 Euro für 1-Personen-Haushalte, 175 Euro für 2-Personen-Haushalte und 35 Euro Zuschlag für jede weitere Person im Haushalt. Wer (Aufstiegs-)BAföG bekommt, erhält einen Pro-Kopf-Zuschuss in Höhe von 115 Euro. Diesen Gesetzentwurf haben wir Mitte Februar bereits in 1. Lesung beraten. Ziel ist es, dass die rund 2,1 Millionen Berechtigten den Zuschuss erhalten, noch bevor die Nebenkostenabrechnungen für die Heizperiode vorliegen. Dies ist üblicherweise ab dem Sommer der Fall. Alle Fragen hierzu werden im [FAQ des Bundesbauministeriums](#) beantwortet.



© Büro Bernd Rützel

MEHR TEILHABE FÜR LANGZEITARBEITSLÖSE

In der Region entstehen neue Beratungsstellen für Langzeitarbeitslose mit besonderem Förderbedarf. Es können körperliche, seelische oder geistige Einschränkungen oder andere psychosoziale Problemlagen vorliegen, die eine Arbeitsaufnahme bisher verhindert haben.

In Miltenberg werden künftig bis zu 38, in Main-Spessart bis zu 30 Langzeitarbeitslose eng betreut, um ihre Chancen auf gesellschaftliche und berufliche Teilhabe zu verbessern. Dafür stellt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales Fördergelder zur Verfügung, mit denen in Miltenberg 3,1 und in Main-Spessart 2,5 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Das Jobcenter Main-Spessart wird dafür neue Räume in der Altstadtpassage in Gemünden beziehen. Auch in Aschaffenburg werden in Stadt und Land jeweils 38 neue Beratungsplätze für Langzeitarbeitslose geschaffen.

Ich bin zuversichtlich, dass das Programm zumindest für einen großen Teil der betreuten Menschen zum Erfolg und zur Vermittlung in Arbeit führt.



Meine ausführliche Pressemitteilung gibt es [hier](#), Infos zum Projekt „LEILA-rehaktiv“ finden Sie [hier](#).



© Büro Bernd Rützel

„INTAKT“

VOR ORT IM SOZIALKAUFGHAUS LOHR

Einkaufen und damit Gutes tun: Das ist das passende Motto, wenn es um Sozialkaufhäuser geht. Arbeitsgelegenheiten für erwerbsfähige Hilfebedürftige und nicht zuletzt sozialer Treffpunkt für diese – das sind die Hauptaufgaben eines Sozialkaufhauses. Ressourcenschonung und Müllvermeidung gehören aber auch dazu.

Gemeinsam mit Jürgen Schneider und Jürgen König vom Jobcenter MSP besuchte ich das Lohrer Sozialkaufhaus „Intakt“. Projektleiter Michael Porzelt hat uns die Arbeit und Philosophie von „Intakt“ erläutert. Auch in Gemünden habe ich mit den Angestellten Gespräche geführt und mich aus erster Hand über das Projekt informiert.

Um die 200 Kundinnen und Kunden pro Tag schauen sich hier nach Nützlichem für den alltäglichen Gebrauch um. Das Sozialkaufhaus bietet Langzeitarbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Suchtkranken und Menschen mit Behinderung eine Arbeit auf Ein-Euro-Job-Basis. Gefördert durch das Jobcenter sind dies 12 Plätze allein in Lohr.

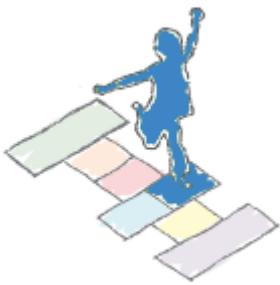
Der Soziotherapieverbund Main-Spessart als Träger hat hier eine wahre Erfolgsgeschichte aufgebaut, die ich gerne unterstütze. Meine Pressemitteilung hierzu gibt es [hier](#).





SPRACH-KITA

VOR ORT IN ALTFELD



Schon oft habe ich hier in meinem Newsletter über das Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ informiert. Es ist ein Erfolgsmodell, denn die damit finanzierte Förderung und Unterstützung durch Fachkräfte hilft allen Beteiligten – von den Kindern über die Familien bis zu den Kita-Beschäftigten.

Ich werde weiter dafür arbeiten, dass dieses Programm fortgeführt wird. In der städtischen Kindertagesstätte Altfeld, die seit 2021 am Sprach-Kita-Programm teilnimmt, habe ich mich wieder einmal davon überzeugen können, wie sinnvoll und wichtig es ist.

Gemeinsam mit Bürgermeister Thomas Stamm und dem Marktheidenfelder SPD-Vorsitzenden Markus Ludwig erkundigte ich mich über die Umsetzung des Programms vor Ort. Einfach klasse zu sehen, wie engagiert hier vor Ort gearbeitet wird.

Gemeinsam mit Bürgermeister Thomas Stamm und dem Marktheidenfelder SPD-Vorsitzenden Markus Ludwig erkundigte ich mich über die Umsetzung des Programms vor Ort. Einfach klasse zu sehen, wie engagiert hier vor Ort gearbeitet wird.



[Hier](#) geht es zu meinem ausführlichen Bericht und [hier](#) finden Sie Informationen zum Bundesprogramm „Sprach-Kitas“.



ZEMENT-WERK

140 BESCHÄFTIGTE, 15 AZUBIS

Nachhaltiges Wirtschaften, ein bewusster Umgang mit Energie und natürlichen Ressourcen sowie die stetige Optimierung von CO₂-Reduktionspotentialen waren die Themen bei meinem Besuch im Lengfurter Werk von HeidelbergCement. Begleitet von Markus Ludwig, SPD-Vorsitzender in Marktheidenfeld, fand ein sehr informativer Austausch mit Werksleiter Michael Becker und Betriebsrat Christoph Müller statt.

Bereits mit der einführenden Vorstellung des Produktionsablaufes im Zementwerk verdeutlichte Werksleiter Becker die Größenordnung und Bedeutung des Werkes für die Region. Einmal die Woche finden Sprengungen im Steinbruch für die tägliche Herstellung von ca. 3.000 t Klinker statt.

Beeindruckend war im Anschluss die Führung über das Werksgelände. Dabei kam ich auch mit einigen der gut 140 Beschäftigten, darunter 15 Auszubildenden, ins Gespräch. Wichtig ist mir, dass bei all diesen Anstrengungen Richtung CO₂-Neutralität Betriebsräte und Gewerkschaften mit einbezogen werden.



ten mit einbezogen werden.

Vor Ort haben wir ein kurzes Video gedreht: einfach [hier](#) klicken und anschauen!



SEITE AN SEITE

MIT DEM VALEO-BETRIEBSRAT

Seite an Seite stehen wir als SPD in Unterfranken und Bayern mit den Beschäftigten im Eberner valeo-Werk. Auf Initiative der AfA Unterfranken haben wir bei einem Online-Gespräch mit dem Betriebsrat nicht nur Solidarität bekundet, sondern auch Unterstützung angeboten.

In Bayern sind rund 350.000 Arbeitsplätze alleine in der Automobilindustrie vom technologischen Wandel und der Transformation betroffen. Diesem Prozess muss mit Innovationen, Investitionen und zukunftsgerichteten Antworten begegnet werden - genau so wie es der valeo-Betriebsrat mit seiner Zukunftsvereinbarung macht. Wir unterstützen dieses Engagement.



RadioPrimateon hat ausführlich hierüber [berichtet](#).

TAGESAKTUELL INFORMIERT:

www.facebook.com/BerndRuetzelMdB

www.instagram.com/bernd_ruetzel

www.bernd-ruetzel.de



GEGEN HUNGER

WORLD FOOD PROGRAM

Ende Januar habe ich mich mit David Beasley, dem Exekutivdirektor des World Food Program (WFP) getroffen. Der Hunger in der Welt darf trotz aller anderen Probleme nicht vergessen werden. Es war ein sehr guter und intensiver Austausch, der mich noch lange beschäftigt hat.



MINDESTLOHN

PODCAST „POLITIK MIT STIL“

Zur Erhöhung des Mindestlohns und unseren anderen Vorhaben für bessere Arbeitsbedingungen habe ich mit



Ruben Giuliano in seinem Podcast „Politik mit Stil“ gesprochen.

[Hier](#) können Sie Reinhören.



„NIE WIEDER!“

HOLOCAUST-GEDENKTAG

Weltweit gedenken wir am 27. Januar, am Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau, der Opfer des Holocaust. „Niemals vergessen“ und „nie wieder“ rufen wir all jenen entgegen, die einen Schlussstrich ziehen wollen. Wir müssen die Erinnerung an den Holocaust wach halten und uns jeder Form von Hass, Hetze und Antisemitismus entgegenstellen.

In der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages sprach Dr. h.c. Inge Auerbacher, die zu den 100 Überlebenden der insgesamt 15.000 Kinder gehört, die von den Nazis ins KZ Theresienstadt deportiert wurden. Inge Auerbacher gibt diesen Zahlen ein Gesicht. Auch der Präsident der Knesset, Mickey Levy, hielt eine bewegende Rede.



Mit Klick auf die Fotos geht es zum Video dieser eindrücklichen Gedenkveranstaltung.



WAHL

DES BUNDESPRÄSIDENTEN

Wir kennen uns nun schon eine ganze Weile und ich habe unseren neuen alten Bundespräsidenten schon sehr oft live gehört. Daher kann ich sagen: Für mich gehört [seine Rede](#) kurz nach seiner Wiederwahl mit zu den stärksten, die er bislang gehalten hat. Die Bundesversammlung ermöglicht immer auch viele spannenden Gespräche und Begegnungen - mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Länderparlamenten genauso wie mit vielen Persönlichkeiten, die von den einzelnen Parteien zur Wahl eingeladen wurden (wie hier mit dem DGB-Chef Rainer Hoffmann). Auf meiner [Facebook-Seite](#) gibt es noch mehr Impressionen von diesem Tag.





GAMBACH

ABBIEGESPUR KOMMT ENDLICH

Das ist eine richtig gute Nachricht: Die Kreuzung der Bundesstraße B 26 und der Kreisstraße MSP 10 beim ehemaligen Gambacher Bahnhof soll dieses Jahr umgebaut und damit sicherer gemacht werden. Jahrelang hat die Gambacher SPD dafür gekämpft. Ich weiß gar nicht mehr, wie oft ich die Problematik mit dem Staatlichen Straßenbauamt (Foto von 2020) besprochen und dort immer wieder nachgehakt habe. Unser Einsatz hat sich endlich gelohnt!

AfA BAYERN

VIRTUELLE LANDESKONFERENZ



Der AfA-Landesverband hat erneut Ronja Endres zur Vorsitzenden gewählt. Mit Katharina Räth als ihrer Stellvertreterin und Richard Brand als Schriftführer sind zwei Aktive aus Unterfranken im neuen Landesvorstand vertreten. Auf der virtuellen Konferenz konnten wir auch den neuen DGB-Landesvorsitzenden Bernhard Stiedl begrüßen. Der Austausch mit unserer AfA ist mir sehr wichtig. Und es war schön, mal wieder viele bekannte Gesichter zu sehen.



ALZENAU DABEI

GASTORT BEI SPECIAL OLYMPICS

Als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales traf ich mich Mitte Februar mit Christiane Krajewski, der Präsidentin von Special Olympics Deutschland, und dem Geschäftsführer Sven Albrecht, um über die anstehenden sportlichen Großereignisse für Menschen mit geistiger Behinderung und Mehrfachbehinderung zu sprechen. Bereits in diesem Jahr finden im Juni die Nationalen Spiele der Special Olympics in Berlin statt, im nächsten Jahr ist Berlin dann der Schauplatz der Special Olympics World Games (SOWG) mit 7.000 Athlet:innen aus 190 Ländern und 500.000 Zuschauerinnen und Zuschauer.

Die Special Olympics sollen Menschen mit geistiger Behinderung durch den Sport zu mehr Anerkennung, Selbstbewusstsein und somit zu mehr Teilhabe an der Gesellschaft verhelfen. Ich bin froh, dass das Bundesarbeits- und Sozialministerium dies mit 35,7 Mio. Euro unterstützt. Bevor sich die Athletinnen und Athleten im Juni 2023 in Berlin versammeln, werden sie drei Tage lang in Gastorten in ganz Deutschland empfangen. Alzenau ist als Gastort dabei und wird damit Raum für Begegnungen weit über den Veranstaltungsort Berlin hinaus schaffen. Dafür danke an alle. Mehr auf www.berlin2023.org.



© SPD Aschaffenburg

DIGITAL

NEUJAHRSEMPFÄNGE IN AB & WÜ

Der Januar ist traditionell der Monat der Neujahrsempfänge. Besonders große und traditionsreiche Veranstaltungen gibt es in Aschaffenburg und Würzburg von der dortigen SPD. In Aschaffenburg war ich [live dabei](#) und stellte mich den Fragen der Gäste, in Würzburg war ich mit einem vorab gedrehten [Video-Grußwort](#) vertreten.



© Büro Bernd Rützel

Bei meinem Antrittsbesuch bei Aschaffenburgs Oberbürgermeister Jürgen Herzing traf ich auch Bürgermeister Eric Leiderer, Leiter des Referats für Digitalstrategie, Personalmanagement und zentrale Dienste, und Manuel Michniok, Vorsitzender der SPD Aschaffenburg. Erhalt und Ausbau der kommunalen Infrastruktur, Digitalisierung und der Zusammenhalt in der Gesellschaft waren Themen, über die wir uns auch im Nachgang zum Neujahrsempfang noch intensiver ausgetauscht haben.



© Bernd Rützel

BEI WILLI

DAS MUSEUMSSCHIFF IN ERLENBACH

Wer kennt WILLI, das Museumsschiff, das sein Winterquartier im Erlenbacher Schutzhafen hat? 1909 als Kanalschiff erbaut, wurde Willi bis in die 1960er Jahre durch Pferde, Lokomotiven oder durch Menschenkraft durch die Kanäle von Hafen zu Hafen gezogen und schipperte dann noch bis in die 1990er Jahre motorisiert durch ganz Westeuropa. Seit den 2000er Jahren wird es als Museumsschiff genutzt. Willi lebt von der Arbeit und dem Engagement des „Vereins Historische Binnenschifffahrt“. Ich habe mich gerne dafür eingesetzt, dass Willi seinen Liegeplatz in Erlenbach am Main behalten kann. Danke für die Führung, die ich zusammen mit Erlenbachs SPD-

Vorsitzenden Benjamin Bohlender bekommen habe. Viele spannende Informationen zu WILLI und weiteren Projekten gibt es [auf der Homepage des Vereins](#).



TAGESAKTUELL INFORMIERT:

www.facebook.com/BerndRuetzelMdB

www.instagram.com/bernd_ruetzel

www.bernd-ruetzel.de



© Büro Bernd Rützel

ST. JOHANNIS

800.000 EURO VOM BUND

Der Erhalt mainfränkischer Denkmäler ist mir ein großes Anliegen. Deshalb helfe ich gerne, damit Bundesmittel hier eingesetzt werden, wie beispielsweise zuletzt für die Turmsanierung der St. Johanniskirche in Würzburg. Gemeinsam mit meinem SPD-Landtagskollegen [Volkmar Halbleib](#) konnte ich 800.000 Euro an Bundesmitteln nach Würzburg lenken.

Die Kirche gilt als einer der bedeutendsten evangelischen Bauten der Nachkriegszeit und prägt nicht nur das Stadtbild, sondern auch das kulturelle Erbe dieser Epoche. Gemeinsam mit Pfarrer Jürgen Reichel habe ich die 178 Turmstufen erklommen und mich über den Dächern der Stadt über Stand der Sanierungsarbeiten informiert.

Auf einem der vielen tausend Turmschindeln durfte ich anschließend einen persönlichen Segensspruch anbringen. Eine besondere Ehre.

Wir haben vor Ort ein kurzes Video gedreht, um Ihnen

einen Eindruck von diesem herrlichen Bauwerk und seiner Sanierung verschaffen zu können. Einfach auf das Foto klicken!



© Mabel Amber pixabay

BRAUKULTUR

PARLAMENTSGRUPPE GEGRÜNDET

Anfang Februar hat sich die neue „Parlamentsgruppe Braukultur“ im Deutschen Bundestag gegründet, der überfraktionell rund 50 Abgeordnete angehören. Es ist neben dem bereits seit 1974 bestehenden „Deutschen Institut für Reines Bier e.V.“ die zweite Initiative aus dem Kreis der Abgeordneten, die sich für die Themen Bierkultur und Brauwirtschaft einsetzt. Ich bin hier gerne mit dabei, denn Braukultur ist ein Stück Kulturgeschichte - auch bei uns in Unterfranken.

Bierbraukultur ist Tradition, anspruchsvolles Handwerk und weltweites Aushängeschild deutscher Wirtschaft - noch immer stark regional und mittelständisch geprägt. In der aktuellen Lage brauchen gerade die Familienbetriebe, Traditionsbrauereien und Brauereigasthöfe mehr Gehör in der Politik.

Wir beschäftigen uns künftig unter anderem mit Fragen des Lebensmittelrechts, des Verbraucherschutzes und damit, welche Perspektiven die Handelsverbände den Brauereien bieten. Hierzu werden wir den Kontakt zu den Brauereien suchen und uns deren Sorgen anhören.

GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost, Main-
Spessart und Miltenberg

Tourismus-, Medien- und Forstpolitische
Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

am 8. März gehen in Nepal nur Männer zur Arbeit. In Armenien, Russland – und neuerdings auch in Berlin – ist das Datum ein gesetzlicher Feiertag. Und vielerorts auf der Welt werden Frauen mit Rosen und Aufmerksamkeiten beschenkt. Am 8. März ist der Internationale Frauentag.

Initiiert hat ihn die Sozialistin und Feministin Clara Zetkin im Jahr 1911, als Frauen selbst das Wahlrecht noch vor-enthalten war. Gekämpft und gestritten wurde seither viel, und vieles wurde errungen. Das Frauenwahlrecht kam 1918 – in Bayern übrigens zuerst. Im Grundgesetz von 1949 ist erstmals zu lesen, dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind. Weitere Meilensteine folgen: die Einführung des Mutterschutzgesetzes (1952), der Wegfall der Gehorsamsparagrafen (1957), die Reform des Ehe- und Familienrechts mit dem Ende der „Hausfrauen-ehe“ (1977), das neue Familiennamensrechtsgesetz (1994), die Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe (1997) oder das Elterngeld- und Elternzeitgesetz (2007).

Und doch ist unsere Gesellschaft noch immer ein ganzes Stück von echter Gleichstellung entfernt.

Um das Maß der Ungleichheit in Zahlen zu fassen, sind drei Indikatoren hilfreich: Der „Gender Pay Gap“ von 2020 zeigt, dass Männer noch immer 18 Prozent mehr als Frauen verdienen, in Bayern sogar 22 Prozent. Der „Gender Care Gap“ illustriert, dass Männer für unbezahlte Sorgearbeit – also Kinder, Küche, Pflege – im Schnitt zweidrei-

viertel Stunden täglich aufwenden, Frauen hingegen vierundeinviertel Stunden. Und dass Seniorinnen nur etwa halb so viel Rente beziehen wie Senioren, zeigt der „Gender Pension Gap“.

All diese „Lücken“ sind über die Jahre kleiner geworden, geschlossen haben sie sich nicht. Und Corona hat die Entwicklung zeitweise sogar umgekehrt. Als Kitas und Schulen schlossen, waren es vor allem die Frauen, die berufsmäßig zurücksteckten. Weil sie häufiger in Teilzeit oder im Minijob arbeiten, Männer vorwiegend in Vollzeit. Wäre die Lohnarbeit partnerschaftlich gerechter verteilt, wären sicherlich manche Entscheidungen anders ausgefallen.

Überhaupt waren Frauen stärker von der Krise betroffen als Männer. In „weiblich geprägten“ Branchen wie dem Tourismus brachen viele Jobs weg. Aber auch systemrelevante Berufe sind eher weiblich besetzt. Arbeitsdruck und gesundheitliche Risiken waren hier besonders hoch. Und für Alleinerziehende – der überwiegende Teil Frauen – waren die Coronajahre in vielerlei Belangen, Stichwort Altersarmut, eine harte Belastungsprobe.

Die Coronakrise hat also bestehende strukturelle Ungerechtigkeiten deutlicher ans Licht gebracht. Für uns als SPD-Landtagsfraktion ist dies ein Ansporn, auch für Bayern eine mutigere Gleichstellungspolitik einzufordern: eine Nachbesserung des kaum wirksamen Gleichstellungsgesetzes gehört dazu. Mehr weibliche Führungskräfte in der Verwaltung, mehr Qualität an den Kitas, ein Bildungssystem, das dafür sorgt, veraltete Rollenmuster zu brechen und Mädchen in MINT-Fächern stark macht. Und nicht zuletzt eine bessere Finanzierung der bayerischen Frauenhäuser. Der Forderungskatalog ist lang.

Herzlichst

Ihre/Eure Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de